

Änderungsantrag der Fraktion **DIE LINKE.****Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2010 und 2011**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 28 800 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 28 800 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel (neu):	684 23-6	Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 28 800 000 € eingestellt bzw. um diesen Betrag erhöht.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 28 800 000 € eingestellt bzw. um diesen Betrag erhöht.

III. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.05	Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB XII und II
Produktgruppe:	41.05.04	Kommunale Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 10 800 Tsd. € verringert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 10 800 Tsd. € verringert.

IV. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend und Soziales
Kapitel:	3472	Hilfe und Leistungen nach dem SGB II
Titel:	681 01-9	Kosten der Unterkunft

Der Anschlag wird für das Jahr 2010 um 10 800 000 € verringert.

Der Anschlag wird für das Jahr 2011 um 10 800 000 € verringert.

Erläuterung:

Mit den eingestellten Mitteln lassen sich 3000 Kommunalkombistellen in Bremen und Bremerhaven schaffen. Die Arbeitsstellen sollen insbesondere in jeder Art von Vereinen und Initiativen eingerichtet werden. Die Arbeitnehmer sollen 1500 € brutto erhalten, das Arbeitgeberbrutto beträgt 1800 €. Davon kommen 700 € aus Bundesmitteln, 300 € vom Arbeitgeber, 300 € werden monatlich bei den Kosten der Unterkunft eingespart. Bremen selbst muss noch 500 € pro Stelle und Monat beitragen. Diese Kosten (18 Mio. €/Jahr) sind anhand der sekundären Gewinne (Sinken der Arbeitslosigkeit um 1 %, Stützen der Vereinsarbeit, Sinken der sozialen Folgekosten von Arbeitslosigkeit, Förderung des Einzelhandels) mehr als gerechtfertigt.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.